A17

Kapitel

Initiator*innen: AG Soziales (dort beschlossen am: 31.08.2025)

Titel: **Soziales**

Text

Soziales

Mit der SozCard wollen wir mehr Teilhabe für Menschen mit niedrigem Einkommen. Kita-Angebote müssen massiv und schnell ausgebaut werden. Das Jobcenter bekommt eine Ombudsstelle. Die Stadtverwaltung arbeitet künftig sozialraumorientiert und nach dem Prinzip „Hilfe aus einer Hand“.

SozCard

Dank grüner Initiative wurde die SozCard eingeführt. Sie bietet allen Bürger:innen mit geringem Einkommen vergünstigten und unkomplizierten Zugang zu Kultur-, Sport- und Bildungsangeboten. Wir wollen das Angebot ausbauen und bekannter machen. Ergänzend soll die SozCard auch für ÖPNV-Angebote genutzt werden können.

Wir bauen die qualifizierte Schuldner:innen- und Insolvenzberatung aus und sorgen für eine regelmäßige Beratung in der Wohlverhaltensphase. Wir setzen uns ein für eine Schuldner:innenberatung auch für kleine Firmen und Freiberufler:innen. Um bürger:innennah und ansprechbar zu sein, ist es unser Ziel, das Beratungsangebot auch an den Stadtteilbüros anzubieten.

Wir wollen zur Hilfe aus einer Hand eine Koordinationsstelle einrichten, die Wegweiser für alle sozialen Belange der Stadt ist und Hilfesuchenden eine umfassende Beratung bietet.

Im Zuge dessen ist es außerdem sinnvoll, das Ausländeramt dem Sozialreferat zuzuführen.

Sozialpolitik muss sich am konkreten Lebensraum ausrichten: Stadtteil, persönliche Kontakte, Nachbarschaft, Familie. So muss auch die Stadtverwaltung strukturiert sein: sozialräumlich, nicht nach Ämterzuständigkeit (Jugendamt, Ausländeramt, Wohnungsamt). Eine solche Sozialarbeit kooperiert mit sozialen Trägern im Bereich der Suchtberatung, Schuldnerberatung, Jugendhilfe, Migrationsdienste, aber auch mit Sportvereinen im Stadtteil, Schulen, Pfarreien und der Jugendszene im jeweiligen Viertel.

Jobcenter

Nach wie vor fordern wir eine Ombudsstelle für Jobcenter-Kund:innen bei Problemen. Eine Ombudsperson wird oftmals bei Behörden oder Organisationen vorgesehen mit dem Ziel, ungerechte Behandlungen von Personengruppen zu verhindern. Sie ist insofern Beschwerdestelle und versteht sich als Sprachrohr von Personen mit dem Ziel, Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit der Organisation/Behörde möglichst unbürokratisch und ohne gerichtliche Beteiligung zu schlichten. Sie unterstützt die Bürger:innen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die Ombudsperson ist unabhängig und weisungsfrei, hat keine Anordnungsbefugnis der Behörde/Organisation gegenüber und ist daher regelmäßig auf Beratung und Vermittlung beschränkt. Zeitnah fordern wir eine Zufriedenheitsbefragung der Kund:innen im Jobcenter.

Wir verbuchen es als unseren Erfolg, dass inzwischen eine regelmäßige Anpassung der Mietobergrenzen der KdU (= Kosten der Unterkunft) stattfindet, also das, was z.B. Bürgergeldempfänger:innen an Mietkosten gezahlt bekommen.

Mit einem Antrag haben wir dafür gesorgt, dass die Gewährung einmaliger Beihilfen an Leistungsbezieher:innen überprüft wird. Dazu gehört z. B. die Übernahme von Kosten für neue Wohnungsausstattung oder bei Schwangerschaft. Wir wollen erreichen, dass potenzielle Leistungsberechtigte proaktiv über ihre Rechte informiert werden.

Wir unterstützen weiterhin die Kooperation von Jobcenter und Stadtwerken. Wir wollen diesen Austausch erhalten. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden über ehrenamtliche Berater:innen niedrigschwellige Energieberatungen anzubieten.

Menschen ohne Obdach

Wir sehen es als Erfolg an, dass es nun eine sozialpädagogische Betreuung des Wohnheims für Obdachlose in der TH2 gibt und dass die Mindestausstattung mit Bett, Tisch, Sitzgelegenheit und Schrank in den Zimmern der TH2 beschlossen ist. Entgegen der jetzigen Praxis, dass zwangsweise Menschen zusammen in ein Zimmer gelegt werden, während andere unbenutzt sind, fordern wir eine Einzelbelegung.

Obdachlose Frauen sind anderen Problemen und anderen Formen von Gewalt ausgesetzt als obdachlose Männer. Dies muss in dem Obdachlosenkonzept ausreichend und sensibel berücksichtigt werden. Wir freuen uns, dass nun Wohnungen explizit für Frauen und Frauen mit Kindern durch die Stadt angemietet werden.

In Zusammenarbeit mit „Menschen in Not“ muss es regelmäßige Wohnungsangebote geben, um Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen. Hierzu braucht es einen Runden Tisch, der von der Stadt initiiert wird. Wir wollen das Projekt “Übergangswohnen Plus” finanziell dauerhaft absichern.

Dringend notwendig ist eine breit angelegte Betreuung der Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Auch hier soll die Koordinierungsstelle *Hilfe aus einer Hand* Ansprechpartnerin sein.

Jugend und Studierende

Um jungen Menschen in der Stadt Bamberg eine Möglichkeit zur Beteiligung an politischen Entscheidungen zu geben, fordern wir: Ein ganzheitliches Konzept zur Jugendpartizipation.

Teil dessen soll ein Jugendparlament sein: Dieses soll regelmäßig zusammenkommen und möglichst divers besetzt sein, um die Interessen junger Menschen in Bamberg zu diskutieren, zu beschließen und an die Politik sowie Stadtverwaltung herantragen.

Sowie eine offene Beteiligungsmöglichkeit: Wir setzen uns für die parallele Weiterführung der Jugendkonferenz als offenes Konzept ein.

Wir fordern ein Antragsrecht für Jugendparlament und Jugendkonferenz, um die Anliegen junger Menschen auch im Stadtrat sichtbar zu machen.

Um ein Konzept zu entwickeln und Jugendpartizipation wirksam zu begleiten, setzen wir uns für eine koordinierende Stelle innerhalb der Stadtverwaltung ein.

Jugend für den Stadtrat: Wir wollen, dass die Stadt ein Mentoring-Programm im Stadtrat startet, um Jugendlichen die Arbeit des Stadtrats näherzubringen und jungen Menschen in der Kommunalpolitik eine stärkere Stimme zu geben.

Dringend benötigt werden Räume für Jugendkultur für Veranstaltungen und Bandproben sowie die Vernetzung untereinander (Siehe dazu Kapitel Kultur). Wir fordern offene Räume für junge Menschen.

Der öffentliche Raum muss endlich attraktiv gestaltet werden mit Sitzgelegenheiten, Sportgeräten, Tischtennisplatten, die auch außerhalb von Spielplätzen regelmäßig gepflegt werden, um dauerhafte Zugänglichkeit für Jugendliche und junge Menschen gewährleisten zu können.

Eine gezielte Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum wie durch Gastronomie auf der Unteren Brücke soll nicht mehr vorkommen. Aufenthaltsflächen für junge Menschen sollen in allen Stadtteilen (stadtteilbezogen) mit ausreichenden Sitzgelegenheiten (Tische und Stühle) realisiert werden.

Wir setzen uns aktiv für den Erhalt alternativer Kulturräume und Räume für junge Menschen ein und stellen uns dem Club-Sterben entgegen. Wir fordern aktiv die Wiedereröffnung der Oberen Sandstraße 20 als Kulturraum.

Junge Menschen benötigen Raum, um kreativ zu werden und um gestalten zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass Wände, etwa unter Brücken, oder Stromkästen zum Sprayen und zur aktiven Gestaltung freigegeben werden.

Familien und Kinder

Die Stadt vergibt Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, von dem Kinder aus bedürftigen Familien profitieren sollen. Die Stadt muss dies zugunsten der Kinder offensiv ausnutzen, stärker dafür werben und Familien informieren, so dass möglichst viele Kinder Teilhabe an Bildung, Sport und schulischer Unterstützung haben. Vor allem ist eine regelmäßig stattfindende Beratung zu verfügbaren Unterstützungsangeboten notwendig. Dies kann von den Stadtteilbüros oder in den Schulen direkt geschehen.

Nur wenn die Betreuung für Kinder vom Kleinkind bis zum Schulbeginn umfassend und in guter Qualität gesichert ist, können beide Eltern nach der Elternzeit ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen.

Ebenso ist die Schulkindbetreuung weiter auszubauen (Siehe dazu Kapitel Bildung).

Kinder und Jugendliche brauchen vielfältige Angebote im öffentlichen Raum, die ihren Bewegungs- und Übungsbedürfnissen Rechnung tragen, dazu zählen wohnortnahe Spielplätze, Bolzplätze, auch solche mit Fußballtoren, Basketballkörben oder Skateanlagen. Als „Nutzer:innen“ müssen Kinder und Jugendliche eigene Ideen und Vorschläge in die Planungsprozesse einbringen können.

Bamberg braucht unbedingt ein äußerst kostengünstiges oder gar kostenloses Ferienangebot, zumindest für die Inhaber:innen der SozCard.

Als besonders nachhaltige Unterstützung sehen wir die Beratungen und die Arbeit der „Frühen Hilfen“ sowie der Familienhebammen an. Wir werden darauf achten, dass beides ausgebaut wird.

Inklusion

Die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention soll in Bamberg weiter vorangetrieben werden in der Zusammenarbeit mit dem Beirat Menschen mit Behinderung, der Lebenshilfe, Integra Mensch und anderen Organisationen. Das inklusive Kulturprojekt KUFA soll langfristig auf finanziell stabile Beine gestellt werden.

Außerdem sollten die Induktionsanlagen in allen öffentlichen Gebäuden modernisiert und ausgebaut werden, um auch Menschen mit Hörbeeinträchtigung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Wir wollen das Wohnangebot für Menschen mit psychischen Einschränkungen in Bamberg erweitern. Es ist der Bau eines inklusives Wohnprojekts für erwachsene Menschen mit Behinderung und ohne Behinderung anzustreben, wie es schon in Städten wie Coburg und Bayreuth umgesetzt bzw. entwickelt worden ist. Ebenso besteht akuter Bedarf an Wohnraum für erwachsene Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderung, die nicht in einer Werkstatt für behinderte Menschen tätig sein können und eine intensive Lebensbegleitung benötigen.